

Corona-Hilfen nur bis zur Bundestagswahl: Branche reagiert
Heutiger Auftakt zur Bundeskonferenz Veranstaltungswirtschaft: Wirtschaftszweig fürchtet den Zeitpunkt nach dem September 2021. Dann läuft das Überbrückungsprogramm III aus. Es wird aber mit Sicherheit bis Januar keine neue Regierung geben, die Finanzhilfen beschließen könnte. Zudem sind Großveranstaltungen weiterhin nicht möglich, sodass 2021 auch keine Einnahmen entstehen.

Seit März 2020 herrscht Veranstaltungsverbot. Die sechstgrößte Branche hat seitdem keinerlei Einnahmen. Sie muss trotz Corona-Programmen der Regierung immense Verluste tragen. „Die Lage ist absurd. Die Regierung hat die Veranstaltungswirtschaft zum Wohle der Bevölkerung ins künstliche Koma versetzt. Der Arzt ist überfordert. Unklar ist, wie lange der Patient im Koma bleiben muss. Sicher ist nur: Im September wechselt der behandelnde Chefarzt. Und die künstliche Ernährung wird beendet“ so summiert Jan Kalbfleisch von fwd: Bundesvereinigung Veranstaltungswirtschaft die Lage. Trotz regelmäßigen Beteuerungen setzen sich die deutschen Parteien nicht für den unverschuldet notleidenden Wirtschaftszweig ein. Lediglich im Wahlprogramm von Bündnis 90 / Die Grünen wird die Branche erwähnt.

Bundeskonferenz: geeinte Stimme für vielfältige Branche

Kultur und Veranstaltungen brauchen endlich wirksam politisches Gehör. Um dies zu erreichen, haben sich heute 14 Verbände, Vereine und Initiativen der Branche und weitere Befürworter zum Auftakt der Bundeskonferenz Veranstaltungswirtschaft in Berlin zusammengefunden. Sie stehen für rund 10.000 Mitglieder. „Wir sind Teil der Lösung und nicht das Problem“ betont Michael Presinger vom Bundesverband deutscher Discotheken und Tanzbetriebe im DEHOGA Bundesverband. Die neutrale Bundeskonferenz wird in einem offenen Teilhabeprozess gemeinsame politische Forderungen formulieren, die übergreifend für den gesamten Sektor Gültigkeit haben: vom Soloselbstständigen über Technikdienstleister, Eventagenturen und Caterer bis hin zu Mittelständlern sowie größeren Verbänden und Initiativen. Diese Interessen sollen mit einer Stimme gegenüber den Regierungen in Bund und Ländern vertreten werden. Die Auftaktveranstaltung am 22. Juni macht die breite Unterstützung von Branchenunternehmen und -organisationen sichtbar und zeigt den Charakter der Bundeskonferenz: Teilhabe und Offenheit stehen im Mittelpunkt. So wurden am Vormittag die Grundlagen, Strukturen und Prozesse der gemeinsamen Zusammenarbeit vorgestellt.

Am Nachmittag haben die Repräsentanten den Berliner Parteien und Regierungsvertretern die immer noch wirtschaftlich bedrohliche Lage der Branche aufs Neue vermittelt. Daran waren beteiligt Wolfgang Schmidt und Bettina Hagedorn, Staatssekretäre beim Bundesministerium der Finanzen, Thomas Bareiß, Staatssekretär beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und Carsten Linnemann, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU im Bundestag. Für die Opposition nahmen Teil Michael Kellner, politischer Bundesgeschäftsführer von Bündnis 90 / Die Grünen, Janine Wissler, Vorsitzende der Partei Die Linke sowie Michael Theurer, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FDP im Bundestag. Die Bundeskonferenz konnte sich als verbindlicher Ansprechpartner für die Politik platzieren.

Berücksichtigung auch durch nächste Bundesregierung

Die Herausforderungen der Veranstaltungswirtschaft werden noch weit in die nächste Legislatur reichen. „Wenn das Hochwasser abgeflossen ist, also die akute Krise vorbei ist, werden die langfristigen Schäden erst sichtbar. Fachkräfte und Besucher haben in der Pandemie dem weltweit drittgrößten Veranstaltungsmarkt Deutschland den Rücken gekehrt. Das bedeutet immense Folgekosten für die Branche, die das Schaufenster zur Welt ist für die deutsche Exportwirtschaft.“ summiert Christian Eichenberger von #AlarmstufeRot die anhaltende Belastung für die Branche. „Veranstaltungswirtschaft – das ist nicht Party und Vergnügen. Volksfeste zum Beispiel sorgen für die Weitergabe von Kultur. Wir schaffen Identifikation und menschliche Verbundenheit. Deshalb ist es wichtig, dass die gesamte Branche schnellstens eine Perspektive erhält“ sagt Kevin Kratzsch vom Deutschen Schaustellerbund anlässlich der Auftaktveranstaltung. Die Bundeskonferenz ist daher ein inklusiver, über den Herbst hinausgehender Prozess, bei dem alle Akteure, Unternehmen und Organisationen des Wirtschaftszweigs zum Mitmachen eingeladen sind. Im Oktober werden in einem nichtvirtuellen Kongress die vereinbarten Kernforderungen gestellt. Viele Branchengruppen haben sich nun auf diesen Weg gemacht und senden ein klares Signal an die Politik: Wir sind geeint und setzen uns gemeinsam für die Menschen und Betriebe in der Veranstaltungswirtschaft ein.

Deutschlandweit leuchtender Protest

Bereits heute werden klare Forderungen ins Rampenlicht gestellt. Bei der Protestaktion Night of Light werden hierzulande und darüber hinaus Tausende Kulturstätten, Veranstaltungsorte, Clubs und Messehallen rot illuminiert sein, um auf die prekäre Situation der Branche sichtbar hinzuweisen.

Die Regierung hat dem Wirtschaftszweig noch immer keine Perspektive gegeben. Der Start von Großveranstaltungen wurde unbestimmt verschoben. Anders als vorab signalisiert, wurde gleichzeitig das Überbrückungsprogramm III nur bis zur Bundestagswahl im September verlängert. Dann wird es keine handlungsfähige Regierung bis Januar geben. Doch Messen, Konzerte und Events haben einen Vorlauf von bis zu 12 Monaten. Sie werden erst nach der Veranstaltung abgerechnet. Einnahmen fehlen dadurch bis auf weiteres. Soloselbstständige erhalten einmalig 12.000 Euro Neustarthilfe. Auf die 15 Monate ohne Einnahmen verteilt ist das unter Existenzminimum und Mindestlohn. 800 Euro reichen nicht zum Überleben.

Die Branche braucht für den Tag X einen verlässlichen Wiedereröffnungsplan, wie Großveranstaltungen sicher planbar sind. Die Regierung muss einem klaren Stufenplan zustimmen. Der lang angekündigte Ausfallfonds für die 88 Prozent wirtschaftsbezogenen Veranstaltungen fehlt weiterhin. Durch die Krise ist der Branche obendrein das Fachpersonal abhandengekommen, das abwandern musste. Politiker haben zudem vor Veranstaltungen gewarnt, dass sie Infektionsorte seien. Auch wenn das wissenschaftlich nicht stimmt, wurde bei der Bevölkerung so Vertrauen zerstört. Deshalb ist ein politischer und wirtschaftlicher Wiederaufbauplan für die Kultur- und Veranstaltungswirtschaft nach der Krise ebenso wichtig wie kontinuierlich politisches Gehör.

Bundeskonzferenz: beteiligte Verbände und Organisationen

Bund deutscher Hochzeitsplaner
Bundesverband der Sicherheitswirtschaft Wirtschafts- und Arbeitgeberverband
Bundesverband deutscher Discotheken und Tanzbetriebe
Bundesverband Deutscher Schausteller und Marktkaufleute
Bundesverband für Pyrotechnik & Kunstfeuerwerk
Deutscher Schausteller Bund
fwd: Bundesvereinigung Veranstaltungswirtschaft
IG #kulturerhalten
Industrieverband Technische Textilien-Rollladen-Sonnenschutz
Messe- und Veranstaltungswirtschaft Baden-Württemberg
Party Service Bund Deutschland
Verband für Sportökonomie und Sportmanagement in Deutschland
visitBerlin Convention Partner
#AlarmstufeRot

politische Forderungen zur Night of Light

Faktenblatt: [hier](#)

Bildmaterial zur Night of Light

Aufnahmen von 2020 finden Sie: [hier](#)

© siehe Dateiname

Pressekontakt:

fwd: Bundesvereinigung Veranstaltungswirtschaft
Pressestelle c/o Gloria Mundi
presse@forward.live
www.forward.live
www.bundeskonzferenz.org